

SOZIALE UNGLEICHHEIT

Michael Hartmann

KEIN
THEMA
FÜR DIE
ELITEN?

campus

Inhalt

1.	Einleitung	7
1.1.	Der Ansehensverlust der Eliten und die Spaltung der Gesellschaft	9
1.2.	Forschungssample und -methode	21
2.	Das Sozialprofil der deutschen Eliten	35
2.1.	Die Zusammensetzung der Eliten	36
2.1.1.	Drei Minderheiten – Ausländer, ehemalige DDR-Bürger und Frauen	37
2.1.2.	Die soziale Herkunft der Eliten	42
2.1.2.1.	Die soziale Rekrutierung der Wirtschaftselite	51
2.1.2.2.	Die soziale Rekrutierung der politischen Elite	64
2.1.2.3.	Die soziale Rekrutierung der Verwaltungs- und der Justizelite	71
2.1.2.4.	Die soziale Rekrutierung der Medien- und der Wissenschaftselite	73
2.2.	Die Bildungs- und Karrierewege der Eliten	75
2.2.1.	Die Bildungswege der Eliten	76
2.2.1.1.	Die Bildungsabschlüsse der Wirtschaftselite	80
2.2.1.2.	Die Bildungsabschlüsse der politischen, der Medien- und der Verwaltungselite	84

2.2.2. Die Karrierewege der Eliten	87
2.2.2.1. Die Karrierewege der Wirtschaftselite	99
2.2.2.2. Die Karrierewege der politischen Elite	105
2.2.2.3. Die Karrierewege der Eliten aus Verwaltung und Justiz	106
2.2.2.4. Die Karrierewege der Eliten aus Wissenschaft und Medien	109
3. Die Einstellung der deutschen Eliten zur Finanzkrise und zum Problem der sozialen Ungleichheit	111
3.1. Leistungsprinzip und soziale Unterschiede	116
3.2. Die drei wichtigsten Probleme Deutschlands aus Sicht der Eliten: Finanzkrise, Alterung der Gesellschaft und Integration	132
3.3. Die Finanzkrise in den Augen der Eliten	135
3.3.1. Die Ursachen der Finanzkrise	135
3.3.2. Welche Konsequenzen sind aus der Finanzkrise zu ziehen?	145
3.4. Die Bedeutung von Maßnahmen in der Finanz- und Arbeitsmarktpolitik	151
4. Eliten, Bevölkerung und Demokratie	165
4.1. Soziale Rekrutierung und politische Einstellung der Eliten – eine Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse	165
4.2. Die Eliten und die Krise der parlamentarischen Demokratie	180
Anmerkungen	195
Literatur	217
Anhang	227
Personenregister	247

stärkt. Wenn man doch nichts gegen die Macht der Wirtschaft und der Märkte machen kann, dann muss man sich auch nicht engagieren, und sei es auch nur auf dem niedrigsten Niveau der Wahlbeteiligung, so die Schlussfolgerung einer steigenden Zahl von Bundesbürgern.

Finanzkrise und Steuerpolitik

Charakteristisch für das Verhalten der Eliten ist ihr Vorgehen bei der Bewältigung der Finanzkrise. Die Diskussion innerhalb der Eliten konzentriert sich weitgehend auf den Schuldenabbau durch Einsparungen bei den öffentlichen Leistungen. Sie werden (wie die Steuersenkungen und Deregulierungen vergangener Jahre) wieder als alternativlos hingestellt. Dabei gäbe es durchaus alternative Lösungsansätze. Selbst wenn man in der hohen Staatsverschuldung die wesentliche Ursache der Krise und/oder im Schuldenabbau eine der zentralen Aufgaben deutscher Politik sieht, läge es eigentlich nahe, sich nicht nur mit der Ausgabenseite zu befassen, sondern auch die Einnahmeseite ins Auge zu fassen. Immerhin haben die Steuersenkungsmaßnahmen der Bundesregierungen unter Schröder und Merkel⁶ der öffentlichen Hand zwischen 2000 und 2012 Einnahmeausfälle von insgesamt über 440 Milliarden Euro beschert (Eicker/Truger 2010: 34).⁷ Das ist nahezu die Hälfte der Neuverschuldung. Da wäre die Forderung, zumindest die hohen Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker zu besteuern, mehr als nachvollziehbar.

Dennoch spricht sich in den Eliten eine eindeutige Mehrheit von fast zwei zu eins gegen eine solche Anhebung aus. Für sie ist der Abbau der Staatsverschuldung offensichtlich in erster Linie gleichbedeutend mit der Reduzierung staatlicher Leistungen, vor allem auf sozialpolitischem Gebiet. Dabei zeigen die Ausgaben für Sozialleistungen seit Jahrzehnten ein hohes Maß an Stabilität. Seit Mitte der 1970er-Jahre pendeln sie um die 30 Prozent des BIP, mal etwas mehr, mal etwas weniger, und das trotz deutlich gestiegener Anforderungen, vor allem durch eine stark gewachsene Arbeitslosigkeit und die zunehmende Alterung der Gesellschaft. Trotzdem geht die Politik weiter denselben Weg der Einsparungen bei den Sozialleistungen. In diese Richtung weisen auch die Ende 2012 bekannt gewordenen Sparpläne aus dem Bundesfinanzministerium. Die Sozialausgaben sollen demnach in der folgenden Legislaturperiode ge-

kürzt, der jährliche Abschlag bei verfrühtem Renteneintritt von 3,6 auf 6,7 Prozent fast verdoppelt, die Witwenrente reduziert und der ermäßigte Mehrwertsteuersatz ganz abgeschafft werden. All das beträfe die breite Bevölkerung. Von Steuererhöhungen für hohe Einkommen und Vermögen oder einer Anhebung der Erbschaftsteuer ist im Entwurf dagegen nirgends die Rede.

Dabei nehmen sich die Steuersätze, über die in diesem Zusammenhang diskutiert wird, im Vergleich zu jenen, die in den westlichen Industrieländern in den 1950er- und 1960er-Jahren noch gang und gäbe waren, mehr als bescheiden aus. Damals waren selbst in Großbritannien und den USA Spitzensteuersätze von um die 90 Prozent üblich. Der berühmte britische Schauspieler Richard Burton hat das bei seiner ersten großen Hollywood-Gage zu spüren bekommen. Von den 82.000 Pfund, die er erhielt, ließ ihm der britische Fiskus gerade einmal 6.000 Pfund (Maerker 2011: 150 f.). Auch wenn Burton selbst daraus die Konsequenz zog, seinen Wohnsitz in die Schweiz zu verlegen, blieb er doch die Ausnahme. Seine nicht minder berühmten Kollegen Alec Guinness, Laurence Olivier, Peter O'Toole und Peter Sellers blieben in Großbritannien und zahlten die Steuern. Die Reaktion auf die vom französischen Verfassungsrat erst einmal gestoppte Einführung einer 75-prozentigen Steuer auf Einkommen ab einer Million Euro fällt ähnlich aus. Einzelne Reiche wie Gérard Depardieu wechseln ihren Wohnsitz, die meisten aber bleiben. Steuererhöhungen wären also möglich, vor allem in dem alles in allem doch sehr bescheidenen Umfang, wie er derzeit in Deutschland diskutiert wird.⁸

Unter den Eliten ist aber selbst das nur für eine Minderheit akzeptabel. Das ist umso unverständlicher, als in den letzten Jahren mit Milliarden an Steuergeldern nicht einfach nur die Banken gerettet worden sind, sondern damit letztlich auch das Geld derer, die über den Hauptteil des an den Finanzmärkten angelegten Vermögens verfügen, der wohlhabenden und vor allem der reichen Bürger des Landes. Das gilt im Übrigen nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch im Hinblick auf die Eurokrise. Wenn immer davon gesprochen wird, dass Spanien oder auch nur die spanischen Banken mit deutschen Steuergeldern gerettet werden, wird ein zentraler Sachverhalt (absichtlich oder unabsichtlich) überse-

hen. Die Schulden, die bei den spanischen Finanzinstituten aufgelaufen sind, bestehen zu einem erheblichen Teil aus Krediten deutscher und anderer internationaler Großbanken, die in Spanien die Gelder ihrer Kunden angelegt haben. Diese Kunden zählen aber wieder ganz überwiegend zu den wohlhabenden oder reichen Kreisen der Bevölkerung.⁹ Es wäre deshalb eigentlich nur recht und billig, wenn dieser Bevölkerungsteil nun entsprechend an den Kosten der Rettung beteiligt würde.

Finanzkrise und Einkommensverteilung

In dieser Hinsicht ist noch ein zweiter Punkt interessant. Genauso wie beim Börsencrash 1929 ging auch dieser Finanzkrise ein in den Jahrzehnten davor nicht erreichtes Maximum an Ungleichverteilung voran. Die USA, die keine radikalen Brüche wie Änderungen des politischen Systems oder massive Kriegszerstörungen erlebt haben und für die zudem ununterbrochene Zeitreihen vorliegen, zeigen das deutlich. 1929 verfügten die oberen zehn Prozent der Bevölkerung über 49,29 Prozent des Einkommens. In den 1950er- und 1960er-Jahren war es dann gerade einmal ein Drittel. Ab Mitte der 1980er ging die Schere dann immer deutlicher auseinander. 2006, kurz vor Ausbruch der Finanzkrise, wurde der Spitzenwert von 1929 mit 49,32 dann erstmals wieder erreicht und sogar leicht übertroffen. Allein auf das oberste Prozent entfielen in diesem Jahr knapp 23 Prozent, auf das oberste Promille 11,59 Prozent des Gesamteinkommens (Saez 2008: Tables A1, A3, A6; Hartmann 2009b: 288 ff.). Die extreme Ungleichverteilung beim Einkommen wird beim Vermögen noch weit übertroffen. Nach Schätzungen entfallen auf das oberste Prozent der Bevölkerung ungefähr 40 Prozent des Gesamtvermögens. Wie die Zahlen für Deutschland zeigen, ist die Vermögensverteilung mit einem Anteil für das oberste Prozent von knapp 36 Prozent ähnlich ungleich (Bach/Beznoska/Steiner 2011: 11).

Eine derartige Konzentration von Einkommen und Vermögen hat stets die Konsequenz, dass von den Besitzern dringend Anlagemöglichkeiten gesucht werden müssen, weil ein großer Teil des Geldes anders als beim Rest der Bevölkerung nicht in den Konsum geht. Damit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Bildung einer Börsenblase gegeben. Gleichzeitig sorgt die Ungleichverteilung dafür, dass die Neigung